



Krzysztof Karwat

## Der Marsch der schlesischen Autonomisten

Erste Symptome zeigten sich vor den Kommunalwahlen 2010. Eine im Auftrag des *DZIENNIK ZACHODNI* durchgeführte Umfrage ergab, dass die Bewegung Autonomes Schlesien (Ruch Autonomii Śląska, RAŚ) eine der stärksten politischen Kräfte im Woiwodschaftsparlament werden würde – ein überraschendes und zunächst wenig glaubhaftes Ergebnis, denn bei früheren Wahlen hatte die RAŚ zwar an der 5-Prozent-Hürde gekratzt, sie aber nie genommen. Die Autonomisten verfügten zwar über eine stabile Stammwählerschaft, deren Wahlverhalten aber dem der nationalen Minderheiten ähnelte, die – bei einer gegenüber dem Landesdurchschnitt niedrigeren Wahlbeteiligung – ihre Stimmen meist der »Nummer Eins« auf der jeweiligen Liste geben und so die Entscheidung den Parteiführern überlassen. Diese Art von politischer Passivität unter den ethnischen Schlesiern schien die Wahlchancen der RAŚ dauerhaft zu limitieren.

Und doch gelang der Wandel. Ohne großes Budget überflügelte die Gruppierung erstmals u.a. die Bauernpartei PSL und erreichte mit mehr als 120.000 Stimmen ein Wahlergebnis von 8,5 Prozent. Das war ein großer Erfolg, zumal man in den Kreisen Tschenstochau oder Żywiec die gewohnt schlechten Ergebnisse einfuhr. Ausschlaggebend waren also die großen Städte und kleinere, von Autochthonen bewohnte Gemeinden. Dort konnte die RAŚ sogar Kandidaten des landesweit angetretenen Bunds der Demokratischen Linken (SLD) hinter sich lassen. Auch in Gemeinde- und Kreisratswahlen konnte die Bewegung ihre Position stärken, insbesondere im Kreis Rybnik.

Im Endeffekt hatte die RAŚ drei Woiwodschaftsräte im Regionalparlament: den Restaurator Henryk Mercik aus Chorzów, den Agraringenieur Janusz Wita aus dem Kreis Rybnik sowie den Kunsthistoriker Jerzy Gorzelik von der Schlesischen Universität in Kattowitz, der nach anfänglichem Widerstand auch in den fünfköpfigen Woiwodschaftsvorstand gewählt wurde. Zudem unterzeichneten die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) und die RAŚ eine Koalitionsvereinbarung.

Dieses Bündnis war zunächst nicht abzusehen. Vertreter von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) oder des bisherigen Koalitionspartners SLD hatten davor gewarnt. Und auch in der PO gab es Zurückhaltung und Distanz. Präsident Bronisław Komorowski mahnte zu Besonnenheit und Nachdenken. Es gab zahlreiche Pressekommentare, erstmals auch außerhalb Schlesiens. Die Gegner der Regierungspartei warfen ihr Zynismus, Verantwortungslosigkeit und Mangel an Vorstellungskraft vor. Die meisten Kommentatoren setzten regionale Autonomie mit Separatismus gleich. Man warnte vor den Folgen, die – wie vor Jahrhunderten – in Kleinstaaterie und dem Verlust der territorialen Integrität resultieren könnten. Vor allem gegen Jerzy Gorzelik, der regelmäßig betont, er sei Schlesier, nicht Pole, erhob sich der Vorwurf, ihm mangle es an Loyalität gegenüber der Republik Polen. Ungeachtet der Tatsache, dass Oberschlesien seit Jahrzehnten nicht mehr an Deutschland grenzt, wurden die Autonomisten mitunter gar als politische Verräter diffamiert, die unter günstigen Bedingungen ihre Heimat dem westlichen Nachbarn verschachern würden. Auf einem anderen Blatt steht, dass zahlreiche Äußerungen von Mitgliedern und Anhängern der RAŚ tatsächlich erkennen lassen, dass sie die deutsche Kultur und das deutsche Erbe als Teil ihrer Identität betrachten. Hier fehlt es nicht an germanophilen Haltungen und kritischen Einstellungen gegenüber den Polonisierungsbestrebungen, die 1922 einsetzten (nach der Spaltung der Region in einen polnischen und einen deutschen Teil) und nach 1945 über die Epoche des Stalinismus hinaus fortgesetzt wurden.

Die RAŚ wurde im Regionalparlament zum sprichwörtlichen »Zünglein an der Waage« (auch in der Woiwodschaft Oppeln gibt es zahlreiche Sympathisanten, aber noch keine Wahlerfolge). Dennoch hätte man die Bewegung links liegen lassen können. Warum kam es anders? Vielleicht war es für die PO zu

[...] Wenn wir uns auf die Ergebnisse der letzten Volkszählung beschränken würden, wo 173.000 Menschen sich zur schlesischen Nationalität bekannten, hätten wir es mit der größten nationalen Minderheit in Polen zu tun. Allerdings befasse ich mich mit der Region schon seit über 30 Jahren und ich behaupte, dass die Schlesier eine starke ethnische Gruppe mit nationalen Elementen, jedoch keine Nation sind. Damit hätten wir es dann zu tun, wenn eine überwiegende Mehrheit der Schlesier sich selbst als ein Volk betrachten und starke staatsbildende Tendenzen entwickeln würde. Das alles habe ich aber noch nicht feststellen können und ich glaube nicht, dass es in den nächsten Jahren dazu kommen kann. [...]

Die seit Jahren am Institut für Soziologie der Schlesischen Universität durchgeführten Untersuchungen zeigen, dass mit Abstand am häufigsten gesagt wird: »Ich bin Schlesier und auch Pole.« Dazu bekennen sich mindestens 70% der Schlesier. In diesem Fall also überlappen sich die Identitäten. [...] Es gibt aber auch andere Muster. Ein Teil der Bevölkerung sieht sich nur als Schlesier an und betont, weder Pole noch Deutscher zu sein. Nur sehr wenige Menschen, wie etwa der Vorsitzende der Bewegung Autonomes Schlesien, Jerzy Gorzelik, erklären ihre schlesische Identität und behaupten dabei, keine Loyalität gegenüber Polen zu empfinden. In einer weiteren, ebenfalls kleinen Gruppe heißt es: »Ich bin Schlesier und Deutscher. Deutschland ist meine Heimat, aber ich bin ein loyaler polnischer Bürger.« Das hört man hauptsächlich in den Regionen um Ratibor und Rybnik.

[...] Die Mehrheit der Menschen im oberschlesischen Industriebecken (incl. Zagłębie, für ganz Oberschlesien gibt es keine Erhebungen), also etwa 60% der dortigen Bevölkerung stellen ethnische Polen dar, 30–35% sind autochthone Schlesier mit polnischer nationaler Identität. Alle anderen sind Deutsche, von denen es in der ganzen Woiwodschaft Schlesien nur etwa 30.000 gibt.

Der Soziologe Marek S. Szczepański in einem Interview für die Zeitschrift *POLITYKA* vom 12. April 2012.

verlockend, der Linken »eins auszuwischen«. Ausschlaggebend war aber wohl die schweigende Zustimmung von Premier Donald Tusk zu einer Koalition mit der RAŚ. Der gebürtige Kaschube Tusk hatte gelegentlich Verständnis für die ethnischen Minderheiten und ihre regionale Kultur und Eigenheit signalisiert. Es wird daher dem Abgeordneten und damaligen PO-Fraktionsvorsitzenden Tomasz Tomczykiewicz, einem prominenten Schlesier aus Pszczyna, nicht allzu schwer gefallen sein, ihn von dieser Idee zu überzeugen. Ganz unerwartet kam diese Koalition dann aber auch wieder nicht, hatten sich PO und RAŚ doch vier Jahre zuvor gemäß der damaligen Wahlordnung die Option einer Listengemeinschaft offengehalten.

Obwohl die Bestrebung, die schlesische Nation gerichtlich zu registrieren, fehlschlug, löste sie nicht nur in Schlesien, sondern in ganz Polen und Europa eine öffentliche Debatte über das Konzept der Nation aus. Die Entstehung einer Nation ist ein langwieriger Prozess, der sich über Jahrhunderte erstreckt und durch Sprache, Geschichte, Kultur und letztlich das bewohnte Lebensgebiet bedingt wird – erläutert Prof. Dorota Simonides. Und als gebürtige Schlesierin fügt sie die Frage hinzu: »Wozu brauchen die Schlesier eine gesonderte Nationalität?«

Das grundlegende Kriterium der Staatsangehörigkeit ist das subjektive Gefühl der gegebenen Person, die schließlich weiß, mit welcher Gruppe sie sich identifiziert – erwidert darauf Gorzelik. Nationalität ist nicht in den Genen verankert. Vielmehr können Nationen heutzutage blitzschnell, z.B. um eine Idee herum, gebildet werden. Unsere Idee beläuft sich demnach auf den Wiederaufbau Oberschlesiens, schildert der kontroverse Vorsitzende der 1990 gegründeten »Bewegung für die Autonomie Schlesiens«. Gorzelik empörte die Öffentlichkeit, indem er die berühmt-berühmten Worte des britischen Premierministers Lloyd George, Polen Schlesien zu überlassen sei so, als ob man einem Affen eine Uhr geben würde, mit der Bemerkung »Nach Jahren sieht man, dass der Affe die Uhr kaputt gemacht hat« ergänzte.

Ich bereue solche Vergleiche nicht. Es war lediglich eine Diagnose des zivilisatorischen Istzustandes Oberschlesiens – behauptet er und fügt hinzu, dass die Volksrepublik Polen Schlesien vorsätzlich zerstörte. Der heutigen Republik wirft er hingegen Vernachlässigung und Misswirtschaft vor.

Als er aus Straßburg zurückkehrte, wo er für die Anerkennung der schlesischen Nationalität gekämpft hatte, wurde er des Hochverrats bezichtigt. Seine Reaktion sollte um die Welt gehen: »Ich bin ein Schlesier, kein Pole. Mein Vaterland ist Oberschlesien. Ich habe Polen nichts geschworen, also habe ich es auch nicht verraten. Der Staat, der sich Res Publica [»Gemeinwesen«] Polen nennt und dessen Bürger ich bin, verweigert mir das Recht auf Selbstbestimmung. Und deshalb habe ich nicht das Gefühl, in der Pflicht zu stehen, diesem Staat gegenüber Loyalität zu zollen.« Auch diese Worte bereut er nicht.

Jan Dziadul: *Po co nam Warszawa?* [Wozu brauchen wir Warschau?]. In: POLITYKA vom 28. Oktober 2008.

Dennoch kam es zu heftigen öffentlichen Diskussionen. Selbst gebürtige Schlesier waren alarmiert, zumal die älteren. Sie erinnerten an ihre polnischen Wurzeln und ihren Patriotismus, an das Blutopfer ihrer Vorfahren in den Kämpfen um eine Angliederung Oberschlesiens an Polen. Skeptisch reagierten auch die Vertreter der deutschen Minderheit, die der RAŚ gegenüber bis dahin neutral gegenüber gestanden hatten, nun aber fürchteten, ihnen könne eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen, deren Programm alle Schlesier, unabhängig von ihrer erklärten Nationalität, ansprechen könnte. Noch weiter an den Rand gedrängt fühlte sich der schon lange an politischem Einfluss verlierende Oberschlesische Bund (Związek Górnośląski), die älteste und einstmals stärkste regionale Gruppierung, die nach dem Systemwechsel gegründet worden war und in den 1990er Jahren in vielen ober-schlesischen Städten führend gewesen war. Nach dem Wahlerfolg der RAŚ entstanden also gleichsam informelle Bündnisse, die plötzlich von »neuen überflüssigen Trennlinien« in Schlesien sprachen. Von der Einteilung der Schlesier in »bessere« und »schlechtere«. Von der Wiederbelebung alter Konflikte zwischen Schlesien und dem ehemals »russischen« Zagłębie<sup>1</sup>. Und sogar von Angst unter den nach dem Krieg Zugezogenen. Die unversöhnlichen Stimmen – auch aus dem RAŚ-Lager – wurden mitunter zu hysterischem Geschrei, was aber den Aufstieg der Autonomisten nicht hinderte. Im Gegenteil: Die Herausbildung und die Polarisierung von gesellschaftlichen Positionen lösten eine

breite Debatte über die politische Vergangenheit der Region und ihre Multikulturalität aus. Besonders hitzig wurde im Internet diskutiert. Anlass zum Streit bot auch die (nach den Wahlen ausgesetzte) Feuilletonkolumne des RAŚ-Vorsitzenden GorzeLIK in der Tageszeitung *DZIENNIK ZACHODNI*. Nicht unbeteiligt blieb zudem das Milieu um den Regionalableger der *GAZETA WYBORCZA*, der einflussreichsten Tageszeitung in Polen. Die Ideen der Autonomisten, die an Erfahrungen und Erfolge der Zwischenkriegszeit erinnerten, fanden neue, aktive Adressaten. Man verwies darauf, dass die Geschichte in Oberschlesien anders verlief als in der Republik Polen. Dass etwa die Region im 18. Jahrhundert nicht von den polnischen Teilungen betroffen war. Wie auch immer man das Niveau der Debatten einschätzt – so förderten sie in jedem Fall die Festigung des historischen Bewusstseins und die Wiederherstellung einer regionalen Identität. Und allen Angriffen, offensichtlichen Missverständnissen oder Manifestationen von Böswilligkeit zum Trotz halfen sie den Autonomisten. Die Bewegung wird nicht nur mit jedem Jahr größer, auch ihre gesellschaftliche Basis und ihr Einfluss wachsen. Das Interesse für schlesische Fragen nimmt zuvor ungekannte Ausmaße und Formen an. Politische Botschaften erreichen Anhänger und Gegner der RAŚ immer schneller. Es herrscht ein permanenter Wettstreit der Argumente, wengleich manche davon den Beigeschmack von Populismus und Extremismus haben.

Der größte Erfolg der Bewegung, die vor zwanzig Jahren entstand und lange eine lokale Randerscheinung war, bestand darin, dass sie den politischen Streit in die jüngere und jüngste Generation von Schlesiern trug. Daran hatten nicht nur die Studenten der Oberschlesischen Jugend Anteil, die jedes Jahr die Tage des Oberschlesischen Erbes organisiert, eine Reihe von Begegnungen, Diskussionen und Studienfahrten, die sich hauptsächlich mit der großen Industrietradition befassen. Mit diesem Milieu sind auch neue Gruppen und kleinere Vereine assoziiert, die sich meist für die Erhaltung von Technik- und Industriedenkmälern einsetzen.



Autonomiemärsche: Die friedlichen Demonstranten verlangen Autonomierechte für Oberschlesien, wie sie diese Region in der Zwischenkriegszeit genoss.

Schlesien, das war keine Sache, über die man mit Freunden sprach. Weil Schlesien einfach falsch verstanden wurde – das war zuerst die Wehrmacht und dann der Sozialismus. Und man war sofort zu Verleumdung oder Verachtung verurteilt. Und da man Schmerzen vermeiden wollte, schwieg man über dieses Schlesien. Die Erklärung, dass einer polnischer Schlesier ist, hatte keine Bedeutung.

Aleksandra Klich: *Cały ten Kutz. Biografia niepokorna* [Dieser ganze Kutz. Eine unangepasste Biografie]. Kraków 2009, S. 51.

Diese Initiativen haben oft nur eine geringe Reichweite und beschränken sich darauf, bei Behörden oder Privatunternehmen auf die Wiederbelebung wertvoller städtischer oder postindustrieller Objekte – leerstehende Rathäuser, stillgelegte Bahnhöfe, verfallene Gutshäuser, verwüstete Zechen, leere Fabrikhallen, ländliche Gutshöfe, Wassertürme etc. – zu drängen. Zwar sind die Effekte dieser Bemühungen meist wenig befriedigend, aber immerhin vermochte der Druck

seitens der Bürger mancherorts den Prozess der Auflösung des urbanen Geflechts oberschlesischer Städte und Gemeinden zu bremsen. Fast immer können die Jugendlichen auf das Interesse und die Unterstützung von Lokal- und Regionalmedien zählen, die derartige Unternehmungen wohlwollend begleiten.

Wie wichtig die jungen Leute für die RAŚ sind, zeigen am deutlichsten die Autonomie-Märsche, die seit fünf Jahren im Juli in Kattowitz stattfinden. Sie erinnern daran, dass am 15. Juli 1920 der damals noch nicht existierenden Woiwodschaft Schlesien vom polnischen Sejm die Autonomie – mit eigenem Parlament, Steuerbehörde, Polizei und großer Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der regionalen ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen – zuerkannt wurde. Zu den bunten friedlichen Umzügen im Stadtzentrum, die eher einem Familienpicknick als einer politischen Demonstration gleichen, kommen jedes Jahr mehr Menschen. 2011 waren es 2.000, woraufhin die Aktion ausgeweitet und – abgerundet durch eine Reihe von Konzerten und künstlerischen Darbietungen – zum inoffiziellen Feiertag für die Freunde der Autonomie ausgerufen wurde: dem 1. Oberschlesischen Tag. Man lud zahlreiche Gäste ein, darunter Günter Dauwen, den Direktor der European Free Alliance, eines Verbunds europäischer Regionalisten und Regionalparteien. Auch in früheren Jahren hatte man Gäste aus Friesland, Galizien oder Flandern in Kattowitz begrüßt. Ein wichtiges und weithin wahrgenommenes Signal war die Teilnahme des Regisseurs, Autors und Kolumnisten der Kattowitzer *GAZETA WYBORCZA* Kazimierz Kutz<sup>2</sup> am 5. Autonomie-Marsch. Kutz' Anwesenheit und sein Auftritt vor dem Gebäude des Schlesischen Woiwodschaftsparlaments bekräftigten seine zuvor insbesondere in publizistischen Texten bekundete Sympathie für den Autonomiegedanken. Kutz versteht Autonomie als Vertiefung der regionalen Selbstverwaltung und als Schritt hin zu einer Bürgergesellschaft, die der Parteienwirtschaft ein Ende setzt (in diesem Sinne blieb der Abgeordnete Kutz in der abgelaufenen Legislaturperiode den Fraktionssitzungen der Bürgerplattform fern; übrigens war er nie Mitglied dieser oder einer anderen Partei).

Die Autonomie-Märsche dienen nicht nur der Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und propagandistisch-informativen Zwecken, sondern auch der Präsentation und Weiterentwicklung von Ideen und politischen Konzeptionen. Zuletzt wurde etwa die während des 7. RAŚ-Kongresses im März 2011 festgelegte programmatische Stoßrichtung bestätigt, die auf die Ausrufung der Autonomie Oberschlesiens im Jahr 2020 zielt (die Region würde ihre Grenzen und Machtkompetenzen dann selbst

bestimmen). Dieses Datum fiel mit dem hundertsten Jahrestag der Verabschiedung des »Organischen Status« durch das polnische Parlament zusammen. Ginge es nach den Autonomisten, so bliebe das Privileg der Autonomie nicht nur Oberschlesien vorbehalten. Einer solch tiefgreifenden Regionalisierung des Landes müsste eine Verfassungsänderung vorangehen. Wichtig wäre auch die Abschaffung der landesweiten Fünf-Prozent-Hürde (relevant wären die Wahlkreise). Und es müsste ein Referendum geben, dessen Ergebnisse dem Sejm zur Bestätigung vorgelegt würden.

Bis jetzt wurden diese Visionen, die heute unrealisierbar scheinen, nicht ernsthaft diskutiert. Die Bürgerplattform, die als Regierungspartei in sechs aufeinanderfolgenden Wahlen auf verschiedenen Ebenen ihre landesweite Dominanz bestätigte, schweigt höflich. Autonomiekonzepte für andere polnische Regionen, die einen ähnlichen Weg einschlagen wollen, finden ebenfalls kaum Aufmerksamkeit (nicht einmal in Großpolen oder Pommern, wo theoretisch am ehesten mit Akzeptanz oder wenigstens Verständnis zu rechnen wäre). Über die im September 2011 entstandene Bewegung Autonomes Masuren lässt sich noch nicht viel sagen, denn es handelt sich um eine kleine Gruppe von Menschen, die hauptsächlich um das schöne, aber doch provinzielle Städtchen Mragowo angesiedelt ist. Noch weniger weiß man von der kurz danach gegründeten Bewegung Autonomes Podlachien. Beide Guppierungen kann man vorerst nicht als neue regionale politische Kräfte betrachten. Das könnte sich ändern, wenn sich Organisationen wie die RAŚ tatsächlich zu einer – so der Arbeitsname – Partei der Regionen zusammenschließen. Jerzy GorzeLIK wollte im Herbst 2011 eine entsprechende Initiative nicht ausschließen. Denn natürlich können selbst die stärksten und florierendsten Nichtregierungsorganisationen nicht ins Parlament gewählt werden. Revolutionäre Änderungen in der Wahlordnung sind nicht zu erwarten; die wichtigsten politischen Parteien haben bereits ihre Ablehnung signalisiert. Abgeordnete der Bürgerplattform wollen gleichsam als Antwort auf die Bestrebungen der Autonomisten ein Gesetz entwerfen, das es den Städten der Woiwodschaft Schlesien erlauben würde, zu einer Metropole zusammenzuwachsen. Frühere Versuche scheiterten. Die »Metropolia Silesia« bleibt vorerst ein Hirngespinnst und bürokratisches Konstrukt.

Die erwähnten Kontakte zu Parteien und Organisationen im Ausland liefern der RAŚ interessante programmatische Anregungen und eröffnen neue Perspektiven. Sie sollen darüber hinaus den heimischen Gegnern zeigen, dass »wir normal sind«. Politische und kulturgeschichtliche Vergleiche sollen das politische Hauptziel verdeutlichen: die Schwächung und anschließende Überwindung des staatlichen Zentralismus zugunsten

März 1993. Kutz gibt der GAZETA WYBORCZA ein großes Interview. Er formuliert grundlegende Annahmen einer neuen, radikalen Sichtweise Schlesiens.

Erstens: Die Befriedung der Grube Wujek war ein weiteres Beispiel für das Leid, welches Schlesien durch Fremde und Kolonialherren erfuhr. Einst taten die Deutschen ihnen Leid an, heute die Polen.

Zweitens: Die Einwohner Schlesiens verloren am meisten durch den Systemwechsel, zum Großteil waren die Arbeiter betroffen, welche von den gebildeten Schichten vergessen wurden.

Drittens: Die Schlesier sind naiv – sie bekannten sich selbst zu Polen und wurden enttäuscht. Ihre Erde wurde zerstört, und die Arbeitskultur der Oberschlesier verkümmerte vollkommen, niemand begriff die schlesische Mentalität. Polen war ein armes, dummes Land, verblödet infolge seines Unglücks. Alles, was in Polen geschah, geschah durch die Mythen der verlorenen Aufstände, durch Quälerei, durch Sibirien. Wer sich als Pole fühlte, fühlte sich als Pole und blieb. Der Rest wanderte aus. Aber niemand fällt hier mehr auf das Stichwort Polen herein. Und das ist hervorragend.

Aleksandra Klich: *Cały ten Kutz. Biografia niepokorna* [Dieser ganze Kutz. Eine unangepasste Biografie]. Kraków 2009, S. 317.

einer bürgernahen Regierungsform. Die Erfahrungen von Katalonen, Bayern oder Bretonen werden als Beleg dafür genommen, dass die angestrebte politische und kulturelle Autonomie keineswegs zu ökonomischer Schwäche oder Desintegration des Staates führen muss. Denn das wird der RAŚ vor allem vorgeworfen: dass man unter dem Vorwand einer tiefgreifenden Selbstverwaltungsreform die Bindung Oberschlesiens an Polen lockern oder gar lösen wolle. Deshalb gibt es so viele »europäische« Artikel und Interviews in der seit Frühjahr 2011 erscheinenden Monatsschrift *NOWA GAZETA ŚLĄSKA*. Sie ist zwar nicht das offizielle Organ der RAŚ, sondern wird von der Bewegung lediglich »empfohlen«, doch unterstützt und propagiert die Zeitschrift die Idee der oberschlesischen Autonomie. Obwohl es sich um eine Nischenpublikation handelt, die auf Zeitungspapier gedruckt wird, konnte sie sich auf dem schwierigen Zeitschriftenmarkt behaupten. Das ist ein Erfolg, denn *NOWA GAZETA ŚLĄSKA* ist kein Bulletin »zum internen Gebrauch«, sondern ein lebendiges Forum, in dem auch jüngere Autoren zu Wort kommen. Sie kam – gewiss nicht zufällig – auf den Markt, als die RAŚ gerade die beiden bisher wohl größten und wichtigsten programmatischen Offensiven in der Geschichte der Bewegung durchführte. Die erste richtete sich auf die für Mitte 2011 angekündigte landesweite Volkszählung, die zweite markierte den Auftakt des Kampfs um die Einstufung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache.

Während dieser Text entsteht, liegen noch keine Ergebnisse der Volkszählung vor. Daher sei daran erinnert, dass bei der letzten vergleichbaren Erhebung 2002 mehr als 170.000 Bürger der Republik Polen als Nationalität »schlesisch« angaben, obwohl Schlesien juristisch weder damals noch heute als Nation anerkannt war. Proteste, Gerichtsverfahren und die Anrufung europäischer Institutionen waren vergeblich. Das Ergebnis war eine Sensation, es öffnete den Autonomisten die Tür zu den politischen Salons und setzte eine landesweite Diskussion in Gang, die bis heute andauert. Sie bewirkte unter anderem, dass radikale Autonomiebefürworter in den unregistrierten Verband der Bürger schlesischer Nationalität (*Związek Ludności Narodowości Śląskiej*) abwanderten, eine Randgruppierung, die von Zeit zu Zeit mit Erklärungen oder »offenen Briefen« etwa zur russischen Militärintervention in Georgien oder zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo auf sich aufmerksam macht.

Diesmal waren die Autonomisten besser auf die Volkszählung vorbereitet, bei Informationsveranstaltungen im Vorfeld erinnerten sie daran, dass man sich hinsichtlich der Nationalität problemlos als Schlesier deklarieren könne (tatsächlich ließen die zuständigen Regierungsstellen eine solche Option zu). Und ganz unabhängig davon, ob die Schlesier aus dieser Volkszählung erneut als größte Minderheit hervorgehen – die paradoxerweise nicht unter das Gesetz zum Schutz ethnischer Minderheiten fällt –, wird gewiss wieder eine Welle diametral entgegengesetzter Meinungen durchs Land gehen. Obwohl die Volkszähler mit teuren Geräten ausgestattet waren, die ihnen die Arbeit erleichtern sollten, umfasste die aktuelle Volkszählung nämlich nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung (Kritiker behaupten, lediglich 20 Prozent aller Haushalte seien befragt worden). Zwar konnte man sich erstmals über das Internet an der Zählung beteiligen, doch man weiß nicht, wieviele Schlesier davon Gebrauch gemacht haben. Ohnehin wird man dem Vorwurf, man habe Daten

manipuliert oder allen Bürgern, die von der Zählung nicht erfasst wurden, automatisch die polnische Nationalität »zugewiesen«, nicht entgehen können. Protest und Zweifel waren schon vor der Volkszählung zu vernehmen, nicht nur aus den Reihen der Schlesier, sondern auch von Vertretern der deutschen Minderheit.

Bislang gelang es nicht, das Gesetz über die nationalen und ethnischen Minderheiten zu modifizieren. Der Kattowitzer PO-Abgeordnete Marek Plura bemüht sich seit Jahren um eine Änderung, die es erlauben würde, den schlesischen Dialekt als Regionalsprache (das ist ein juristischer, kein linguistischer Begriff) zu behandeln. Unterstützt wird er unter anderem von Kazimierz Kutz, der sich in diesem Punkt mit vielen Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft entzweite (u.a. mit der schlesischen Senatorin Maria Pańczyk-Pozdziej von der Bürgerplattform oder dem Linguistikprofessor Jan Miodek). Dabei geht es nicht nur um Symbolik und Prestige, sondern auch um Geld. Eine eventuelle Gesetzesänderung würde etwa »Schlesisch«-Unterricht in Schulen oder andere Bildungs- und Publikationsprojekte ermöglichen (wie es für das Kaschubische praktiziert wird). Vorerst liegt diese Frage noch in der zuständigen Sejm-Kommission, die vom Sejm bestellten Gutachten fielen aber zuungunsten der Schlesier aus. Das Thema ist jedenfalls umstritten. Fast so umstritten wie die Frage, ob es eine eigene *natio silesia* gibt.

Das meinungsprägende Wochenmagazin *POLITYKA* schrieb in seiner Analyse des Ergebnisses der Parlamentswahlen im Oktober 2011, die Autonomisten hätten »in der Woiwodschaft Schlesien eine empfindliche Niederlage« erlitten. Dieses Urteil beruht auf einer falschen Schlussfolgerung. Zwar eroberte die RAŚ kein einziges Senatsmandat (zu den Sejm-Wahlen war die Bewegung nicht angetreten und hatte ihren Mitgliedern sogar untersagt zu kandidieren, weil man der

*Teresa Semik:* Herr Professor, lauschen Sie den Stimmen der Schlesier?

*Jan Miodek:* Es vergeht keine Woche, ohne dass mich jemand aus Schlesien anruft.

*Semik:* Aber Sie bewahren Zurückhaltung bezüglich der Bestrebungen der Schlesier, eine eigene Sprache zu etablieren.

*Miodek:* Die Erwartungen, die an mich herangetragen werden, ich solle sagen: »Ja, Schlesisch eignet sich dafür, kodifiziert, also systematisch vereinheitlicht zu werden«, stellen in etwa die gleiche Aufgabe dar, als wenn man einen Mathematiker damit beauftragen würde zu beweisen, dass zwei mal zwei manchmal fünf ergibt. Diesen Beweis erbringe ich nicht.

*Semik:* Gewinnen die Befürworter der Kodifizierung schlesischer Dialekte die Oberhand?

*Miodek:* Nein, die gewinnen sie nicht, und zwar weil niemand diese Kodifizierung vollziehen kann. Diese Bemühungen sind lediglich der Ausdruck einer Verbindung von Naivität und Fanatismus. [...]

*Semik:* Aber die wollen alle Mundarten kodifizieren.

*Miodek:* Dann wünsche ich ihnen alles Gute für die nächsten 150 Jahre. Die sollten realistisch bleiben. Ich kenne Häuser von Schlesiern, in denen seit der Vorgeschichte überhaupt gar kein Dialekt gesprochen wird. Insofern sollten die sich keine Illusionen machen. Der Wettbewerb von Maria Pańczyk »In unserer Mundart, also auf Schlesisch« ist nichts weiter als ein Archaismus. Der Dialekt verschwindet.

*Semik:* Genau deswegen wollen die ihn kodifizieren, damit er überdauert.

*Miodek:* Und werden die jetzt die Menschen dazu zwingen, ihn sich anzueignen? Wo? Hier leben doch heute mehr Nicht-Schlesier als Schlesier. Die Suche nach der schlesischen Identität ist zu einem gewissen Grad das Resultat der Zerstörung der regionalen Unterschiede.

Ich kann über einige polnische Fehler in dem Bereich sprechen, die in der Nachkriegszeit begangen wurden. Ich kann nur sagen, dass man niemanden dazu zwingen kann, sich als Pole zu deklarieren. Wenn jemand sagen will: Ich bin ein polnischer Schlesier oder schlesischer Pole, bitte schön. Will er sagen: Ich bin Schlesier und nichts mehr, nur zu. Sagt er: Ich bin schlesischer Deutscher oder deutscher Schlesier, bitte. Ich pflichte den Worten König Sigismunds II. August bei – ich kann nicht und ich werde nie der König eures Gewissens sein. Aber bitte erwarten Sie nicht von mir den Beweis, dass Schlesisch als eine eigene Sprache taugt. Bitte fragen Sie mich nicht nach seiner Kodifizierung, weil es Unsinn ist.

Prof. Jan Miodek im Gespräch mit Teresa Semik in: *DZIENNIK ZACHODNI* vom 24. März 2011.



## Oberschlesier als Minderheit anerkannt

Sind die Oberschlesier ein »Volk«? Darüber werden sich Gelehrte und Juristen weiterhin streiten. Bisher hatten polnische Gerichte befunden, die Oberschlesier seien »kein eigenes Volk und keine nationale Minderheit«. Doch ein Gericht im schlesischen Oppeln (Opole) hat jetzt festgestellt, dass es zumindest eine entsprechende »Volkszugehörigkeit« gibt. Es registrierte nach 14 Jahren dauerndem Rechtsstreit den »Verband der Personen ober-schlesischer Volkszugehörigkeit«. Die Antragsteller verstehen sich in erster Linie weder als Polen noch als Deutsche, sondern als Oberschlesier – Regionalpatrioten also.

Jahrzehntlang wurden die Eingeborenen Oberschlesiens, die einen auch als Wasserpölnisch bekannten Dialekt sprechen, unterdrückt – von den Nazis, die aus ihnen echte Deutsche machen wollten, dann von den polnischen Kommunisten, die sie polonisieren wollten. In jüngster Zeit hat die RAŚ, eine Autonomiebewegung in Oberschlesien, für Wirbel gesorgt und polnisch-nationalistische Reaktionen provoziert. Geht hier das Gespenst des Separatismus um? Das vermutete jedenfalls Oppositionsführer Jaroslaw Kaczyński.

Keine Sorge, antworten Vertreter der Oberschlesier. »Wir wollen uns vor allem der Pflege der Kultur widmen«, verkünden sie. Dass sie jetzt im Grunde als Minderheit anerkannt wurden, ist für sie ein großer Schritt vorwärts. [...] Das Urteil bedeute den Sieg des Konzepts »Einheit in Vielfalt«, freut sich die liberale »Gazeta Wyborcza«. Die Oberschlesier wollten Anerkennung – »so wie die Bayern, aber anders als die Basken«.

Gerhard Gnauck in DIE WELT vom 6. Januar 2012.

Auffassung ist, regionales Engagement dürfe nicht zum Sprungbrett für eine politische Karriere in der Hauptstadt werden). Doch schon eine oberflächliche Analyse der Ergebnisse und die Summierung der RAŚ-Stimmen in den Ein-Mandats-Wahlkreisen (eine Neuheit nach der Änderung der Wahlordnung), in denen die Bewegung lediglich angetreten war, lassen erkennen, dass in absoluten Zahlen die Unterstützung für die Autonomisten im Vergleich zu den Regionalwahlen gewachsen ist. Zudem sei angemerkt, dass auch die Änderung der Wahlordnung das Übergewicht der Parteikandidaten nicht ausglich. Eine echte Niederlage erlitten die von den Präsidenten der großen Städte ins Leben gerufene Initiative »Bürger in den Senat« sowie – in Oberschlesien – die PiS. Die Partei von Jarosław Kaczyński, der im Wahlkampf die Schlesier wenig glücklich als »camouflierte deutsche Option« bezeichnete, kam in den Woiwodschaften Schlesien und Oppeln nicht einmal in die Nähe der Senatsmandate. Die kaum bekannten RAŚ-Kandidaten überflügeln sowohl die »Bürger in den Senat« als auch die Kandidaten von SLD und PiS. So lag etwa der RAŚ-Kandidat im Kreis Chorzów klar vor Senator Bronisław Korfanty, der *notabene* den Namen eines großen Ahnen

trägt. Nur wenige parteilose Kandidaten schafften es ins Oberhaus des Parlaments, darunter ein ehemaliger Premierminister, ein ehemaliger Sejm-Marschall und der von der RAŚ unterstützte Kutz (der aber die Wahl auch ohne diese Unterstützung gewonnen hätte, er erhielt 60 Prozent der Stimmen).

Nichts lässt also darauf schließen, dass sich die marschierenden Autonomisten im Abschwung befänden. Ebenso wenig spricht dafür, dass die Bewegung in Oberschlesien bald die landesweit etablierten Parteien verdrängen könnte. Es gibt also keinen Grund für übermäßige Emotionen. Und doch werden sie unaufhörlich angefacht.

*Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann*

### Anmerkungen

- 1 Als »Zagłębie« bezeichnet man den östlichen Teil der heutigen Woiwodschaft Schlesien, der vor 1918 zum zaristischen Russland (Kongresspolen) gehörte und der polnisch-nationale, aber auch linke Traditionen aufweist. (Anm. d. Red.)
- 2 Siehe das Fragment aus seinem Roman *Die fünfte Himmelsrichtung* in diesem Jahrbuch. (Anm. d. Red.)